

Stand: 23.02.2026 01:18:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5903

"Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - IV hier: Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen, Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5903 vom 29.01.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8419 des KI vom 18.06.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 13.10.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 21.10.2020
5. Beschluss des Plenums 18/11493 vom 24.11.2020
6. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 24.11.2020



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken! – IV
hier: Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen, Überzeugungs-
täterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, ein Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt ins Leben zu rufen.

Die freiheitliche Demokratie kann die Voraussetzungen für ihr Bestehen nicht selbst schaffen. Sie ist darauf angewiesen, dass sich immer eine Mehrheit für ihre Prinzipien entscheidet. Es ist Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, Maßnahmen zu ergreifen, um für die Werte der Verfassung zu werben und damit wehrhaft den Feinden unserer Werteordnung etwas entgegenzusetzen.

Demokratische Kräfte müssen gezielt gestärkt werden; diejenigen, die Vorurteilen nachlaufen und die an der Demokratie und ihren Lösungsmöglichkeiten zweifeln, müssen überzeugt werden. Denjenigen, die bewusst aus demokratiefeindlicher Überzeugung an der Zerstörung unseres friedlichen Gemeinwesens arbeiten, müssen die Grundlagen entzogen werden.

Das Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt soll folgende Elemente beinhalten:

1. Demokratinnen und Demokraten stärken

- a) Einführung eines Bayerischen Demokratie-Euro: Das Gesamtvolumen der Maßnahmen, die gezielt gegen Rechtsextremismus eingesetzt werden, soll eine Höhe von mindestens 13 Mio. Euro entsprechend der Einwohnerzahl des Freistaates erreichen.
- b) Einrichtung, Unterstützung und finanzielle Ausstattung einer unabhängigen, professionellen und zivilgesellschaftlich getragenen Beratungsstelle für Opfer rassistischer, antisemitischer und islamophober Gewalt
- c) Einrichtung eines Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
- d) Einrichtung eines Unabhängigen Expertenkreises Antiziganismus
- e) Einrichtung eines Unabhängigen Expertenkreises gegen LGBTIQ-Feindlichkeit
- f) Auflegung eines Modellprojekts zur Stärkung der Kommunen in ihrem Einsatz für demokratische Werte und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Ergänzung der aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ geförderten Maßnahmen

- g) Einbeziehung aller relevanten Akteure gegen Rechtsextremismus (Kommunen, Zivilgesellschaft) in das Bayerische Aktions- und Förderprogramm „Demokratie stärken!“
- h) Errichtung einer Koordinierungsstelle „Demokratie stärken!“ in der Staatskanzlei zur Koordinierung und Sensibilisierung des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen und über alle Ressortgrenzen hinweg für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Vernetzung der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft
- i) Rückzug des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) bzw. der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) aus Schulen, Bildungseinrichtungen und ähnlichen bzw. keine Konkurrenz zu den Angeboten zivilgesellschaftlicher Akteure oder anderer professioneller und zertifizierter Beratungsangebote, z. B. der Kommunen
- j) regelmäßige Evaluierung des Bayerischen Aktions- und Förderprogramms „Demokratie stärken!“ alle fünf Jahre durch eine unabhängige Stelle und einen Bericht an den Landtag
- k) humanitäres Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt ohne gesetzlichen Bleibestatus

2. Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen

Um Menschen zu erreichen, die gefährdet sind rechtsextreme Überzeugungstäter zu werden, sollen folgende Maßnahmen im Rahmen des Programms umgesetzt werden:

- a) Ausbau und Förderung der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatung für Mitglieder der rechtsextremen Szene, die gemäß der neuen Aufgabenverteilung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vollständig aus Mitteln des Freistaates getragen und abgesichert werden muss
- b) regelmäßige wissenschaftliche Untersuchungen zur Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter der bayerischen Bevölkerung (Bayern-Monitor)
- c) verstärkte Forschung und Aufklärung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen in Betrieben, Vereinen und Bevölkerungsgruppen, die von der klassischen politischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden.

3. Überzeugungstäterinnen und -täter die Grundlagen entziehen

- a) wissenschaftliche Evaluierung aller Maßnahmen, Angebote und Projekte gegen Rechtsextremismus in Bayern, insbesondere des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus, durch eine unabhängige Stelle
- b) Verbot von Internetangeboten, die auch der Organisation, Planung und Absprache von Hasskampagnen den unter dem Begriff „Cybermobbing“ zusammengefassten Straftaten dienen, so z. B. die Internetplattform „PI-News“
- c) Schaffung der Voraussetzungen zur Strafbewehrung von „Werbung auf Plattformen ohne ausreichendes Impressum/presserechtlich Verantwortlichen“; bei der Höhe ist danach zu staffeln, ob gezielt auf solchen Plattformen oder zunächst unbewusst über Drittanbieter geworben wurde

Begründung:

Zu 1.:

Der Freistaat fördert aus Landesmitteln über das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ und die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ (LKS), die beim Bayerischen Jugendring angebunden ist, zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus. Das Volumen beträgt laut der Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian Ritter am 09.12.2019 (Drs. 18/5455) um die 1,2 Mio. Euro (http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000003500/0000003752_052.pdf).

Für die Meldestelle der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) wurden laut Presseberichten 381.000 Euro vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales eingeplant.

Selbst unter Einbeziehung weiterer Projekte (vgl. die Antwort des ehem. Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr auf die Anfrage des Abgeordneten Volkmars Halbleib zum Plenum am 25.09.2017 (Drs. 17/18342) http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000012500/0000012551.pdf, in der auch die Mittel für die Stiftung Bayerischer Gedenkstätten von 3,487 Mio. Euro im Jahr 2016 eingeflossen sind) wird der angestrebte Wert von einem Euro pro Einwohner bei weitem nicht erreicht.

Auch wenn viele andere Ausgaben des Freistaates mittel- und unmittelbar gegen Rechtsextremismus wirken, wie Ausgaben im ganzen Aufgabenbereich Bildung und Kultus, sollte der Freistaat mindestens einen Euro pro Einwohner für die Förderung demokratischer Projekte aufbringen, die gezielt die demokratische Kultur im Land fördern. Davon ist der Freistaat aktuell weit entfernt.

Maßnahmen zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sollten nicht von oben verordnet werden, sondern gemeinsam mit Wissenschaft und Betroffenen und ihren Interessenvertretungen entwickelt werden. Dazu ist es auch nötig, einzelne Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit getrennt voneinander zu betrachten, da sich die Betroffenen mit unterschiedlichen Formen von Angriffen konfrontiert sehen können. So kann eine Gruppe eher von „alltäglicher“ Ausgrenzung betroffen sein, die andere eher von Beleidigungen bzw. körperlichen Attacken durch Einzeltäter.

Zu 2.:

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weist ab 2020 der Länderebene das Themenfeld Distanzierungs- und Ausstiegsberatung zu. Schon allein um einen mehrgleisigen Zugang zu potenziellen Aussteigern offen zu halten, braucht es neben dem behördlichen Ausstiegsprogramm des Verfassungsschutzes auch staatsferne, bei zivilgesellschaftlichen Trägern angesiedelte Angebote. Für einen Teil der potenziellen Aussteiger ist „der Staat“ zu sehr „Feind“, um sich dorthin zu wenden. Zudem besteht immer der mögliche Interessenskonflikt zum Auftrag der Informationsgewinnung seitens staatlicher Behörden. Diese zivilgesellschaftlichen Angebote sind zum Zweck der nötigen Professionalisierung, soweit haushalterisch möglich, abzusichern, dabei aber regelmäßig zu evaluieren.

Gezielte Maßnahmen sind nur möglich, wenn bekannt ist, wie groß die Verbreitung diverser problematischer Einstellungen in der Bevölkerung ist. Auch ist das immer ein Gradmesser, ob ergriffene Maßnahmen Wirkung zeigen, bevor sich Einstellungen verfestigen und in Handlungen wie politisch extremes Wahlverhalten oder Straftaten übergehen.

Viele klassische Angebote zur Demokratieerziehung zielen auf Kinder und Jugendliche ab. Wir brauchen aber auch Forschung und Beratung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen am Arbeitsplatz, in den Strukturen der Zivilgesellschaft und in Bevölkerungsgruppen, die von sonstigen Bildungsangeboten nicht erreicht werden.

Zu 3.:

Im Zuge der gesellschaftlichen Spannungen hat sich der Ton auf dem Blog „Politically Incorrect“ (PI-NEWS) weiter verschärft. Vorgeblich journalistische Beiträge und erst recht die kaum moderierten Kommentarspalten sind ein Ort geworden für Doxing, Verunglimpfungen, Beleidigungen und den Hass auf Minderheiten, insbesondere Muslime. Bisweilen reicht wie im Fall des ermordeten Regierungspräsidenten Walter Lübcke eine Tätigkeit einer Person aus, um dort in den Kommentaren regelmäßig in Erinnerung gerufen zu werden. Die Wut der Szene auf diese Personen wird somit von den Nutzern ungestraft angeheizt und kann Täter zu Straftaten motivieren. Auch werden dort regelmäßig Adressen veröffentlicht, etwa von Personen, die sich für Geflüchtete engagieren. PI-NEWS ist damit letztlich auch als rechte Feindesliste besonderer Sorte anzusehen. Personen, die in den „Artikeln“ besonders hervorgehoben werden und deren öffentliche Kontaktdaten gezielt genannt werden, sehen sich Shitstorms bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Als minderschwerer Vorwurf nutzt die Seite, um seriöser zu erscheinen, fremdes Eigentum, wie z. B. Bilder. Während einzelne „Autoren“ öffentlich bekannt sind, gibt es für die Seite keinen presserechtlich Verantwortlichen. Einige der namentlich bekannten Autoren kommen aus dem Freistaat. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Auch wenn auf manchen Plattformen, die Hass verbreiten, keine Verantwortlichen genannt werden, gibt es doch für Sicherheitsbehörden greifbare Strukturen, die zumindest mittelbar den Zweck dieser Plattformen unterstützen. Zu nennen sind hier automatisierte Werbebanner von einigen Anbietern. Seiten werden dadurch abwechslungsreicher, wirken seriöser und kaschieren damit auch ihre z. T. menschenfeindliche Ausrichtung über etwa „Prominews“ und dem Boulevard zuzurechnenden Meldungen.

PI-NEWS ruft dagegen auch selbst dazu auf, bei ihnen Annoncen zu schalten und wirbt mit angeblich 120 000 Besuchern täglich. Für die einzelnen Banner werden Preise von bis zu 1.600 Euro pro Monat aufgerufen. Zur Pressefreiheit in einer Demokratie mit funktionierendem Rechtsstaat gehört auch die Verantwortlichkeit. Wir wollen diejenigen Organisationen, Unternehmen und Personen bestrafen, die auf solchen Plattformen bewusst werben. Wir wollen Organisationen, Unternehmen und Personen anhalten, in ihren Verträgen mit Drittanbietern auf eine seriöse und verantwortliche Auswahl zu achten, wo ihre Anzeige, Annonce oder der Klickhinweis für den Artikel erscheint.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. und
Fraktion (SPD)**
Drs. 18/5903

**Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - IV
hier: Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen, Überzeu-
gungstäterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Max Gibis**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 22. April 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 12. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 26. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 18. Juni 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender

ist eine andere Frage. Die Direktionen nehmen bei den Autobahnen und bei den Bundesstraßen aus gutem Grund nur diese Projekte an, die Sinn machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag auf Drucksache 18/7838 fordert die AfD mehr Tierschutz auf bayerischen Straßen, verbunden mit Tierquerungshilfen. Wir werden diesen Antrag wie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 18. Juni ablehnen.

Wie heute auch schon erwähnt, haben wir in dieser Sitzung zudem mit Antrag auf Drucksache 18/8139 einen Bericht zur Situation von Wildtierkorridoren und Grünbrücken beschlossen. Die Erkenntnisse daraus wollen wir dann in eine parlamentarische Entscheidung einfließen lassen. Insofern ist dieser Antrag im Moment überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne diesen Platz heute schon zur Genüge. Allerdings bleibe ich nicht lange, denn ich kann mich den Vorrednern anschließen. Der Antrag ist zeitlich völlig unpassend; dem Berichtsantrag wurde im Ausschuss zugestimmt. Mehr Gewinnbringendes kann ich, ehrlich gesagt, zu diesem Vier-Zeilen-Antrag der AfD auch nicht beitragen, und mehr hat er auch nicht verdient. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen und Herr Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnungspunkte 37 bis 40 auf das nächste Plenum zu verschieben.

Damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 34** auf:

Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Jan Schiffers, Ralf Stadler u. a. (AfD)

Unterstützung von Tierheimen und tierheimähnlichen Einrichtungen (z. B. Gnadenhöfe und Tierschutzvereine) aufgrund der Corona-Krise (Drs. 18/7345)

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Der erste Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

sieren, und zwar in Absprache mit der Schulfamilie und den Gegebenheiten, die vor Ort möglich sind. – Ich wünsche allen einen schönen Restabend und gute Erholung. Bleibt alle gesund, bis zu den nächsten hoffentlich wieder guten Debatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Abstimmungen und die anderen Anträge werden auf die nächste Woche verschoben. Die Dringlichkeitsanträge werden an die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Damen und Herren, es ist 23:15 Uhr. Wir haben es geschafft. Wir haben eine interessante und ereignisreiche parlamentarische Diskussion gehabt. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Bis zur nächsten Woche. Einen schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23:15 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/5903, 18/8419

Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken! – IV

hier: Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen, Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian Ritter

Abg. Barbara Regitz

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Eva Gottstein

Abg. Andreas Winhart

Abg. Julika Sandt

Abg. Max Gibis

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Eva Lettenbauer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun rufe ich zur Beratung die **Tagesordnungspunkte 7 bis 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - I

hier: Herausforderungen und Forderungen der politischen Bildung

(Drs. 18/5900)

und

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - II

hier: Kein Bürgerstaat ohne bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliches Engagement stärker fördern! (Drs. 18/5901)

und

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - III

hier: Freiwilligendienste in Bayern deutlich ausbauen! (Drs. 18/5902)

und

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Freistaat21 - Bürgerdemokratie in Bayern stärken! - IV

**hier: Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen,
Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!**
(Drs. 18/5903)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 54 Minuten. –
Erster Redner ist Herr Kollege Florian Ritter von der SPD.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein reiches Land – reich an Menschen, die sich in ihren Stadtvierteln, in den Kommunen und dem ganzen Land für ein besseres Zusammenleben einsetzen. Sie leisten in Vereinen und Verbänden Schutz und Hilfe, pflegen unsere Kultur und fördern Sport und Gesundheit. Bayern ist aber natürlich auch reich an Menschen, die sich in politischen Parteien, in Wählergruppen und in Initiativen für die Zukunft ihrer Stadt, ihrer Gemeinde oder ihrer Region einsetzen.

Ehrenamt, politisches Engagement, Mitarbeit in der Demokratie, Diskurs und Einsatz für die Grundwerte – all das muss gefördert und zukunftsfest gemacht werden! Wir kennen die Herausforderungen. Eine veränderte Arbeitswelt setzt das traditionelle Ehrenamt in den Vereinen, aber auch das Ehrenamt in der Kommunalpolitik unter Druck. Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt macht es immer schwieriger, Beruf, Familie und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Stadt- und Gemeinderatsarbeit wird zunehmend komplexer, die fachlichen Anforderungen an Rätinnen und Räte werden immer höher.

Die bestehenden Möglichkeiten zu Volks-, Rats- und Bürgerentscheiden sind akzeptiert und werden genutzt. Sie entsprechen am Ende eines Prozesses aber immer einem Machtwort der Bürger. Sie ermöglichen keine kontinuierliche Mitarbeit bei der Gestaltung von Ortsentwicklung, Bau- oder Verkehrsprojekten. Hier gilt es, an vielen Orten erprobte und erfolgreiche Formate erst weiterzuentwickeln, dann zu etablieren.

Was all diesen Reichtum nicht zuletzt gefährdet, ist das Stakkato von Angriffen von Feinden der Demokratie, von den Gesellschaftszersetzern von rechts außen, die

nichts unversucht lassen, den demokratischen Diskurs zu untergraben, Menschen gegen die Demokratie und deren Werte aufzubringen und die Grundlagen unseres Gemeinwesens zu zerstören.

Diesen Herausforderungen, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns stellen. Das Antragspaket "Freistaat21" soll der Start für eine Debatte sein, wie wir diesen Schatz an Engagement und an Einsatz für unsere Gesellschaft auch unter veränderten Bedingungen bewahren und mehren können, wie die politische Beteiligung gefördert und unsere Gesellschaft stark gegen ihre Feinde gemacht werden kann.

Nicht auf alle Fragen, die wir aufwerfen, gibt es fertige Antworten. Aber unsere Aufgaben sind klar. Die Möglichkeiten, zum Beispiel ein ehrenamtliches Mandat auszuüben, müssen angesichts der veränderten Welt dringend verbessert werden. Wir müssen überprüfen, wie technische Ausstattung, fachliche oder juristische Zuarbeit und die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat verbessert werden können. Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik haben eine unglaublich hohe Verantwortung, die im Endeffekt der Verantwortung von Entscheidern in der Wirtschaft oder an der Spitze von Behörden in nichts nachsteht. Wir wollen bei steigenden Herausforderungen diese ehrenamtliche Struktur erhalten und müssen sie deshalb stärken.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen heute beginnen, die Bedingungen zu verbessern und zeitgemäß auszugestalten.

Doch auch die Ehrenamtlichen in Verbänden und Vereinen stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Vereine suchen händeringend nach Menschen, die verantwortliche Positionen in Vorständen übernehmen bis hin zu Übungs- und Jugendleiterinnen und -leitern, und das, obwohl die Bereitschaft, sich in dieser Gesellschaft zu engagieren, so hoch wie noch nie ist. Wir brauchen bessere Strukturen und mehr Anreize, aber auch ganz praktische Anerkennung des Ehrenamts und die bessere Verknüpfung von Ehrenamt und beruflicher Ausbildung.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt im Übrigen auch für die vielen Freiwilligendienste, die gerade von jungen Menschen wahrgenommen werden; denn diese Dienste sind ein Lernfeld für demokratisches und gesellschaftliches Engagement.

Kolleginnen und Kollegen, Demokratie braucht politische Bildung. Wir betonen das immer wieder. Vor dem Hintergrund zunehmender Angriffe auf die Demokratie und eines brüchiger werdenden Demokratieverständnisses müssen wir gemeinsam Perspektiven für die politische Bildung erarbeiten, ob an Schulen oder in der Erwachsenenbildung. Wir wollen mit den Anbietern der politischen Bildung einen übergreifenden Austausch in Gang setzen, einen Austausch, der wissenschaftlich begleitet wird, zum Beispiel in einem von uns geforderten Zentrum für Demokratieentwicklung.

Doch nicht nur das Hintergrundwissen, sondern auch die Alltagskompetenz in der Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie muss gestärkt werden. Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht endlich ein bayerisches Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt, bei dem Zivilgesellschaft, Kommunen und Wissenschaft eine starke Rolle spielen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Programm muss natürlich mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Einen Euro für die Demokratie sollte uns das wert sein.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber auch Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen. Dafür brauchen wir starke Strukturen, und wir müssen den Überzeugungstätern und Überzeugungstäterinnen die Grundlage entziehen. Wir wollen das Verbot von Internet-Plattformen, die der Organisation, Planung und Absprache von Hasskommentaren und Straftaten dienen, wie das beispielsweise bei PI-News der Fall ist.

Wir können all das nur erreichen, wenn wir es als Aufgabe verstehen, die alle staatlichen Bereiche fordert. Daher muss eine Koordinierungsstelle "Demokratie stärken" bei

der Staatskanzlei geschaffen werden. Kolleginnen und Kollegen, der Kampf für die Demokratie und für ein tolerantes Gemeinwesen muss auch in Bayern Chefsache sein. Daher bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antragspaket.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die CSU-Fraktion hat Frau Kollegin Regitz das Wort.

Barbara Regitz (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Das Thema "Politische Bildung" ist für unsere Demokratie sehr wichtig und liegt auch mir persönlich sehr am Herzen. Gerade im Monat November werden wir an verschiedene politische Ereignisse erinnert und gleichzeitig auch ermahnt, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Gestatten Sie mir deshalb eine Vorbemerkung: Da ist der denkwürdige 9. November. Oft wird der 9. November als "Schicksalstag" der Deutschen bezeichnet, steht er doch für Wendepunkte in der Politik. Als Tag der Freude ging der 9. November 1989 mit dem Mauerfall in die Geschichte ein. Am 9. November 1938 hingegen fand mit der Reichspogromnacht eines der ganz schlimmen, verabscheuungswürdigen Ereignisse unserer Geschichte statt. Der 9. November ist daher nicht nur ein Tag des Erinnerns, sondern auch des Mahnens, ein Tag, um sich die Ereignisse der jeweiligen Zeit vor Augen zu führen und um zu verstehen, womit man rechnen muss, wenn Menschenwürde, die Achtung vor den anderen Religionen und Meinungsvielfalt außer Kraft gesetzt werden und Hass und Hetze Oberhand gewinnen. Daher ist es immer wieder von Neuem notwendig, die Menschen für die Werte unserer Demokratie zu gewinnen und zum Mitmachen und Mitdiskutieren zu motivieren. Gerade für die Jugend heißt das: Denkt mit! Vergleicht! Wägt Pro und Contra ab! Mitwirken heißt mitentscheiden. Das setzt Kenntnis und Information voraus, und genau da setzt politische Bildung an.

Deshalb begrüße ich grundsätzlich das Ansinnen der SPD, das Thema "Politische Bildung" auf die Tagesordnung zu setzen. Es ermöglicht mir, das seit Langem bewährte

System der politischen Bildung in Bayern darzulegen und aufzuzeigen, warum wir mit den vorliegenden Anträgen kein Mehr an Demokratie erreichen würden. Politische Bildung ist im Freistaat fest etabliert, an den erforderlichen Stellen vernetzt und wird aktuell durch vielfältige Maßnahmen gestärkt. Politische Bildung wird in drei Arbeitsfeldern geleistet: an den Schulen, in der außerschulischen Jugendarbeit und in der Erwachsenenbildung. Bekanntlich ist die politische Bildung in unseren Schulen seit Langem ein ganz wichtiger Teil von Unterricht und Erziehung. Das möchte ich hier noch mal betonen: Politische Bildung findet wirklich an allen Schularten statt, von der Grundschule bis hin zu den Meisterschulen.

Es gibt diverse Projekte zur Prävention gegen Extremismus. Nach dem Down-up-Prinzip gibt es an jeder Schule bis hinauf zur Landesebene umfangreiche Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten. In vielfacher Weise unterstützen wir die Schülermitverantwortung. Warum? – Deren Mitglieder sind echte Vorbilder für gelebte Demokratie in unseren Schulen. Und – das ist das Erfreuliche – die Schülerinnen und Schüler wollen ihre Schule aktiv mitgestalten, und sie tun es auch. Schließlich leistet auch die Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag zum Miteinander und zur Stärkung der Demokratie.

In der außerschulischen Jugendarbeit unterstützen wir den Bayerischen Jugendring und seine Mitgliedsorganisationen dabei, in eigener Verantwortung Angebote durchzuführen wie die U18-Wahlen oder den bayerisch-israelischen Jugendaustausch.

Wir setzen auch darauf, die bestehenden Projekte konsequent weiterzuführen. Deshalb sei schon die Frage erlaubt: Braucht es ein Gesamtkonzept nach SPD-Duktus, oder braucht es nicht eher bei allen Demokraten ein waches Auge, ein offenes Ohr und vor allem Zivilcourage?

Ich habe vorhin vergessen zu sagen, dass ich zu den Anträgen auf Drucksache 18/5900 und 18/5903 spreche. Die SPD fordert in ihrem vorliegenden Antrag auf Drucksache 18/5900 die Schaffung eines Forums Demokratie. Könnte ein solches

Forum ein Mehr an Demokratiebildung leisten? – Wir haben zahlreiche politische Stiftungen: das Wertebündnis Bayern oder das Netzwerk Politische Bildung Bayern, um nur einige zu nennen.

Auch ein Zentrum für Demokratieentwicklung in der universitären Bildung halten wir für überflüssig; denn an allen bayerischen Universitäten gibt es in Forschung und Lehre entsprechende Angebote. Das Gleiche gilt für das geforderte Modularsystem zur verpflichtenden Demokratieschulung in allen Bereichen der staatlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wie ich aus meiner langjährigen Tätigkeit als Seminarrektorin bestätigen kann, sind die Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte aller Schularten fest verankert.

Zur Erwachsenenbildung sei noch genannt, dass wir den Auftrag zur politischen Bildungsarbeit ganz explizit in die Präambel des neuen Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes aufgenommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser gemeinsames Ziel als demokratische Politikerinnen und Politiker muss es deshalb sein, für diese bestehenden Angebote zu werben. Sie stellen im Antrag IV die Forderung auf, ein Landesprogramm zur Demokratiestärkung zu erarbeiten. Dies ist keineswegs neu, und ich begründe deshalb nochmals unsere ablehnende Haltung dazu: Wir brauchen kein eigenständiges oder gar unabhängiges Landesprogramm. Neben den zivilgesellschaftlichen Initiativen arbeiten die Einrichtungen der staatlich verantworteten politischen Bildung sowie der Präventionsarbeit gegen Extremismus bestens zusammen. Das Innenministerium ist hier federführend zuständig. Die staatlich verantwortete politische Bildung sowie die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in Bayern sind bedarfsgerecht ausgestattet, vielfältig gefördert und mit dem "Bündnis für Toleranz" vernetzt, was viele Vorteile bringt.

Im Falle eines Ausstiegs aus der extremistischen Szene kann nur der Staat den Personen Schutz bieten. Dieses Zusammenwirken der verschiedenen Ansätze, Extremismus zu bekämpfen, hat sich bewährt. Deshalb gibt es keinen sachlichen Grund, daran

etwas zu ändern. Wir sehen für die von der SPD geforderte Schaffung eines humanitären Bleiberechts für Opfer rechter Gewalt ohne gesetzlichen Bleibestatus ebenfalls keine Notwendigkeit; das Aufenthaltsgesetz hat ausreichende Regelungen.

Meine Damen und Herren, in Bayern leisten wir mit unseren ressortübergreifenden Maßnahmen bundesweit einen vorbildlichen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung von Extremismus jeglicher Art. Ich versichere Ihnen gleichzeitig, dass wir auch in Zukunft unsere Augen und Ohren offenhalten, um Gefahren für unsere Demokratie so früh wie möglich und so entschlossen wie mutig zu begegnen. Lassen Sie uns hier gemeinsam als Vorbilder wirken. Die in den vorliegenden Anträgen der SPD gemachten Vorschläge bringen uns nicht weiter. Wir lehnen sie daher ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Regitz. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Gabriele Triebel das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am Anfang dieser Sitzung viel über Fake News und Verschwörungstheorien gesprochen. Wir, die demokratischen Parteien, sind uns einig, dass Bildung ein Mittel gegen Fake News und Verschwörungstheorien ist. Die Kollegin von der CSU hat uns nun erklärt: Wir haben das alles schon. Genug. Wir machen das alles schon. Wir brauchen das nicht. – Brauchen wir das wirklich nicht? Brauchen wir wirklich nicht mehr Demokratiebildung und damit mehr politische Bildung? Werden wir in letzter Zeit nicht immer mehr durch rassistische, antisemitische und auch rechtsextreme Übergriffe aufgeschreckt? – Die Empörung ist jedes Mal groß, wie zum Beispiel damals, als der Rabbi in München auf offener Straße angegangen worden ist, weil er als Mensch jüdischen Glaubens erkennbar war. Solche Taten stellen den gesellschaftlichen Konsens infrage, in einer Demokratie friedlich zusammenzuleben. Wir dürfen und können diesen gesellschaftlichen Konsens aber nicht

als selbstverständlich ansehen. Wir müssen ihn jeden Tag aufs Neue einfordern und auch leben; denn Demokratie ist – wir haben das gesehen – kein Selbstläufer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer Demokratie leben will, muss sie lernen. Wir GRÜNEN fordern deshalb seit Jahren, dass politische Bildung früher und umfassender an die Schulen kommt. Es kann nicht sein, dass wir erst am Ende der Mittelstufe mit dem Fach Sozialkunde und jetzt mit dem Fach Politik und Gesellschaft beginnen. Unsere Schülerinnen und Schüler lernen in der Grundschule etwas über die Gemeinden. Das ist ein guter Anfang. Doch dann kommt die große Pause; dabei wäre es gerade in der Mittelstufe, wo viele Jugendliche nach Orientierung suchen, absolut wichtig, ihnen demokratische Orientierung und Wissen an die Hand zu geben.

Die Zahlen der aktuellen Shell Jugendstudie lassen doch aufschrecken: 9 % der befragten Jugendlichen können als Nationalpopulisten und 24 % als Populismus-Geneigte bezeichnet werden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen fordern uns doch unmissverständlich zum Handeln auf. Wir brauchen in unseren Schulen endlich mehr Raum für demokratische Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt einbringen, der für unser gesellschaftliches Zusammenleben jetzt wichtiger denn je ist und noch mehr in der Zukunft sein wird, und zwar die Digitalisierung. Gerade für Jugendliche gehören Internet und soziale Medien ganz selbstverständlich zu ihrem Leben dazu. Das Internet und die sozialen Medien haben den klassischen Medien im Bereich der Informationsquellen unter Jugendlichen längst den Rang abgelaufen. Nachrichten gibt es von Instagram. Die Tagesschau ist da schon lange raus. Wenn Nachrichten aber über einen Algorithmus einen Wert bekommen, müssen die jungen Userinnen und User das wissen. Die Schulen brauchen dafür aber mehr Zeit, damit unsere Jugendlichen ein fundiertes Wissen über Fake News, Social Bots, Algorithmen, Hate Speech, Filterblasen, Cybermobbing

und jetzt aktuell über die Verbreitung von Verschwörungsmythen vermittelt bekommen.

Wir müssen endlich sehen, dass diese Phänomene unsere demokratischen Werte akut herausfordern. Wir GRÜNE fordern deshalb den so wichtigen Rahmenlehrplan zur digitalen Bildung, den Medienführerschein und mehr digitalkundliche Angebote an außerschulischen Bildungseinrichtungen. Es geht weit über ein Faktenwissen hinaus, was unsere Kinder und Jugendlichen und die Erwachsenen natürlich in der Erwachsenenbildung diesbezüglich lernen und verstehen müssen. Es geht um nichts weniger als um die Frage unseres künftigen Zusammenlebens in einer Demokratie. Für uns alle darf es deswegen keine Frage sein, mehr in demokratische und digitale Bildung und damit in unsere demokratische Zukunft zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden dem Schulantrag in diesem Paket natürlich zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Eva Gottstein für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein Antragspaket vor zur Bedeutung, zur Höherschätzung und Verbesserung der Demokratie, zum Beispiel durch politische Bildung und Stärkung des Ehrenamtes. Herr Kollege Ritter, ich stimme Ihrem Essay zur Bedeutung von Demokratie zwar vollkommen zu, Ihrer Vorstellung, wie Sie dies mit diesen Anträgen umsetzen wollen, eher nicht. – Frau Kollegin Triebel, ich muss deutlich zurückweisen: Es geht nicht darum, dass wir als Regierungskoalition behaupten, wir bräuchten das nicht, wir hätten das schon. Wir sagen hingegen, wir haben sehr viel. Wir bemühen uns

auch laufend, noch mehr davon zu bekommen. Aber Ihre Ansätze, zumindest in diesem Antragspaket, halten wir für eher weniger zielführend.

Wir alle wissen natürlich, dass politische Bildung und Demokratieerziehung – und darum geht es Ihnen in Ihrem ersten Antrag – die Basis sind. Hier brauchen wir natürlich noch mehr. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das wissen wir, und das versuchen wir auch laufend umzusetzen. Was Sie hier in Ihrem Antrag fordern, ist in vielen einzelnen Bereichen bereits verwirklicht. In anderen Teilen ist es sehr theoretisch. Verwirklicht ist, dass politische Bildung in Bayern schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel ist. Ich kann mich an sehr viele Lehrpläne erinnern, aber ich kann nicht sagen, seit wann es in den Lehrplänen steht, gefühlt ist das jedenfalls schon ewig. Mehr kann es eigentlich in einem Lehrplan gar nicht geben, denn das heißt: Alle Fächer tragen hierfür Verantwortung. Es ist Unterrichtsprinzip und Unterrichtsgegenstand. Wer von Schule ein bisschen Ahnung hat, der weiß, was das bedeutet.

Das muss an den Schulen aber auch gelebt werden. Diese Meinung vertreten wir schon immer. Seit wir im Bayerischen Landtag sind, seit 2008, haben wir FREI-EN WÄHLER uns beispielsweise für Service Learning an den Schulen und Hochschulen eingesetzt. Hier haben wir viel umgesetzt. Wir haben bereits Hochschulen, wo es dafür Credit Points gibt. Wir haben auch eingeführt, dass es in den Zeugnissen der Schüler steht, wenn sie sich entsprechend engagiert haben. Wir haben auch eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Kosten der Schülermitverantwortung erreicht. In diesem Haushalt sind 250.000 Euro vorgesehen, die ganz konkret umgesetzt werden sollen. Darum geht es doch, um die konkrete Umsetzung und nicht um ein weiteres Konzept; denn Konzepte sind geduldig. Ich muss es umsetzen. Wir haben angefangen mit den Wahlurnen für die einzelnen Schulen. Die Klassensprecherwahl kann jetzt nachgelebt werden. Sie ist nicht nur ein Zettelgeschmier. Die Bedeutung eines Wahlvorgangs kann gelebt werden. Das sind doch Ansätze. Inzwischen haben wir Klassensprecherseminare, wir haben Kurse für die Schülermitverantwortung. Das ist es doch.

Ich bin überzeugt, jeder Zweite von Ihnen war ein Schulsprecher oder ein Klassensprecher. Das ist nämlich die klassische Karriere.

(Unruhe)

– Ja, es ist eine Selbstverständlichkeit. Gut. Daran arbeiten wir. Sie können lachen über diese Gelder, die wir zur Verfügung stellen. Aber vorher gab es sie nicht, und ich glaube, das ist der richtige Weg: Praxis.

Vorher wurde kritisiert, dass das nicht in den Grundschulen passiert. Wir haben aber vor nicht allzu langer Zeit hier im Landtag ein Antragspaket beschlossen "Demokratie mitdenken und mitgestalten", bei dem es genau darum ging, die Schülermitverantwortung bereits in den Grundschulen zu etablieren. Wir regen darin an, die Schulen bei der Einrichtung und der Durchführung von Schulparlamenten zu unterstützen.

Ihr zweiter Antrag ist ein Sammelsurium von Ideen. Es handelt sich um eine bessere oder schlechtere – darüber kann man streiten – Stoffsammlung, teilweise weit weg von der Wirklichkeit. Hier gibt es eine Vermischung der zuständigen politischen Ebenen Bund, Kommune und Land.

Die Ehrenamtskultur der Bayerischen Staatsregierung beruht auf drei Säulen. Erstens, die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur. Wir haben inzwischen 120 Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren. Die zweite Säule ist die Wertschätzung. Das beginnt mit der Ehrenamtskarte und reicht über den Ehrenamtsnachweis und die Zukunftsstiftung Ehrenamt bis hin zur Einrichtung einer Ehrenamtsbeauftragten oder eines Ehrenamtsbeauftragten. Auch das darf man nicht geringschätzen. Die dritte Säule ist die finanzielle Förderung. Auch hierzu haben dieser Landtag, diese Staatsregierung bereits im Juni 2019 etwas an den Bund weitergegeben. Da könnten Sie, die SPD, doch schon lange etwas tun, denn soweit ich informiert bin, sind Sie da doch mit dabei. So soll zum Beispiel der Übungsleiterfreibetrag auf 3.000 Euro erhöht werden, die Ehrenamtspauschale soll erhöht werden. Hier ist absolut ein Spielfeld, auch für Sie, das Sie aber nicht bedienen. Hier aber verlangen Sie ein Konzept und noch ein

Konzept und noch eine Zusammenfassung. In unseren Augen ist das aber der falsche Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben gerade die Stärkung des Ehrenamtes im Blick, das bei uns gut entwickelt ist. Wir können nicht von ungefähr nachweisen, sondern das wissen wir – und das sagen Sie in Ihren Reden, und das sagen wir in unseren Reden –, dass jeder Zweite in Bayern ein Ehrenamt innehat. Damit das in diesen Corona-Zeiten nicht untergeht, versuchen wir das Ehrenamt zu unterstützen, indem wir es in den ganzen Förderprogrammen eben gerade nicht vernachlässigen. Ob es dabei um den Sport geht oder um die Musik, wir haben zumindest einen Prüfantrag laufen, damit geprüft wird, wie auch kleinen, nicht in größeren Vereinen organisierten Ehrenamtlern in Corona-Zeiten beigestanden werden kann.

In Ihrem dritten Antrag geht es um die Freiwilligendienste. Auch hier ist in erster Linie der Bund gefordert. Da kuschen Sie eigentlich, oder da ducken Sie sich. Da sind Sie aber in der Verantwortung, das kann man, so denke ich, nicht leugnen. Die Verteilung der Stellen erfolgt nach wie vor über die zentralen Stellen des Bundes. In Bayern haben wir wesentlich mehr Nachfrage als Angebot. Da muss erst einmal der Bund liefern. In Bayern versuchen wir nachzubessern, wo wir das auf Landesebene können. Wir erhöhen den Mindestbetrag für das monatliche Taschengeld von 150 Euro auf 180 Euro. Die 100 %, die gefordert werden, sind unserer Meinung nach nicht umsetzbar. Wir haben die Einbeziehung in das 365-Euro-Ticket. Ich glaube, von Länderseite ist hier alles getan, jetzt muss der Bund liefern.

Dann haben wir noch den letzten Antrag. Hier fordern Sie die Einrichtung eines unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, einen unabhängigen Expertenkreis Antiziganismus usw. Es geht gar nicht um die Details, aber, wenn ich mir das anschau, stelle ich fest, Sie fordern Sie immer mehr und mehr Häuptlinge, immer mehr Arbeitskreise, aber die Indianer fehlen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Gottstein, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Jawohl. Ich bin erst drei Sekunden im roten Bereich, das ist noch nicht viel. – Ich meine dieses Beispiel natürlich metaphorisch, um politisch korrekt zu bleiben. Wir brauchen trotzdem, um bei diesem Beispiel zu bleiben, mehr Indianer, die das umsetzen. Ihre Anträge sind aber in erster Linie theoretische Ansätze. Davon haben wir schon genug.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Gottstein. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Eines haben wir sicherlich nicht in Deutschland oder in Bayern: ein Demokratiedefizit. Das Problem ist wohl eher bei Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, dass dem Volk Ihre Meinung und Ihre Politik nicht mehr gefallen. Die SPD-Anträge wurden lange vertagt. Wenn man sie sich inhaltlich anschaut, dann wäre es vielleicht besser gewesen, sie nicht aufzurufen, sondern sie gleich einzustampfen. Die Anträge sind nichts anderes als eine Mogelpackung. Sie enthalten nicht das, was in der vielleicht nett klingenden Überschrift steht. Daraus leiten wir ab, dass sie von uns klar abzulehnen sind. Wenn die Anträge unter dem Vorwand der Bürgerdemokratie und mit nichtssagenden Phrasen wie "Freistaat21" daher kommen, denkt man anfangs vielleicht, es handelt sich um mehr Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger. Im Endeffekt geht es hier aber eher um Klientelpolitik für die SPD und für alles, was in ihrem Vorfeld so unterwegs ist.

Gehen wir diese unglücklichen Anträge der Reihe nach durch. Drucksache 18/5900 "Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken! – I hier: Herausforderungen und

Forderungen der politischen Bildung". Sie von der SPD fordern die Bildung eines Forums Demokratie, das mit staatlichen Vertretern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen besetzt werden soll. Ich frage Sie einmal ganz offen und ehrlich: Wer legitimiert diese staatlichen Vertreter? Kommen die vom Landtag, wer wählt die, wer macht die? – Das alles ist in Ihren Anträgen nicht vorhanden. Auf der anderen Seite frage ich Sie aber auch: Wer sind diese NGOs, die Sie einladen wollen? Sind das vielleicht irgendwelche Vertreter des US-Geldadels, der sich vielleicht auf europäischer Ebene einmischt, wie wir das letzte Woche im Falle von Polen und Ungarn erleben mussten? Oder sind es Vertreter von der Antifa oder jetzt in Corona-Zeiten Vertreter der Pharmaindustrie? Sind es Vertreter von Sea-Watch? – Keine Ahnung. Wen meinen Sie damit? Sagen Sie uns das doch einmal. Ihr Vorhaben ist inhaltlich nicht genau definiert. Ich sage ganz deutlich, dass es hier lediglich um die Finanzierung Ihrer Vorfeld-Rambos von den Jusos, von der Antifa und um Versorgungsjobs für diese Leute geht, für die Gremien zu schaffen sind. Es sind schlecht gemachte Anträge.

Der erste Antrag war schon schlecht, aber jetzt geht es noch weiter: die Drucksache 18/5901 – "Kein Bürgerstaat ohne bürgerschaftliches Engagement". Meine Damen und Herren von der SPD, ich denke, da haben Sie vor allem Ihre schlechten Kommunalwahlergebnisse vom März inspiriert. Man liest darin beispielsweise, Sie wollten eine bessere personelle Ausstattung von Fraktionen in Kommunalparlamenten, sie wollten "gute technische Ausstattung" der Fraktionen und Mandatsträger, Kinderbetreuung extra für Mandatsträger. Wenn ich mir die Tagesordnung des heutigen Plenums anschau, glaube ich, dass Sie bei diesem Punkt abgeschrieben haben. Da waren Sie von Ihren grünen Freunden inspiriert. Ich frage mich: Was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun, wie man in der Überschrift lesen kann, wenn es im Endeffekt darum geht, für kommunale Mandatsträger oder die Fraktionen in den Kommunen Mitarbeiter zu generieren? Ich betone noch einmal: gutes technisches Equipment, nicht irgendeines.

In dieser Sachverständigenanhörung, zu der Sie einladen wollen, wollen Sie sich das Ganze bestätigen lassen, wobei wir die Experten selber einladen. Das klingt nach einer Wunschliste, was am Schluss herauskommen soll.

Antrag 18/5902 – es geht weiter – "Freiwilligendienste in Bayern". Ich sage ganz offen: Sie haben ein paar Punkte darin, ein Sammelsurium an Maßnahmen, über das man durchaus diskutieren könnte: Freibeiträge usw. Schauen wir aber mal in Punkt 1 i; darin findet man, worum es der SPD wahrscheinlich wirklich geht. Die SPD fordert, die Tätigkeitsbereiche von Menschen in Freiwilligendiensten auf politische Mandatsträgerbüros und politische Stiftungen auszuweiten. Halten wir also fest: Auch hier versucht man, sich mit billigem Personal in SPD-Abgeordnetenbüros wieder etwas herauszuholen.

Dem Fass den Boden schlägt allerdings der Antrag auf Drucksache 18/5903 aus. Darin geht es um die "Zweiflerinnen und Zweifler". Sie fordern den Bayerischen Demokratie-Euro; ein Euro pro bayerischem Bürger soll in den Kampf gegen Rechts gehen.

(Beifall)

Das ist natürlich wieder unausgewogen. Sie haben keinen Cent gegen Linksextremismus, keinen Cent gegen Islamismus und alles andere, was zurzeit unsere Gesellschaften europaweit bedroht. Auch das sollte man mal in den Fokus nehmen.

Auf der anderen Seite braucht es eine Beratungsstelle für die Opfer, und es braucht gleich drei unabhängige Expertenkreise, unter anderem gegen LGBTIQ-Feindlichkeit. Ich frage mich: Warum kein Expertenkreis beispielsweise gegen Islamismus? Das ist zurzeit europaweit ein großes Thema.

Unter Punkt 1 i fordern Sie den Rückzug des Landesamtes für Verfassungsschutz bzw. der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus aus Schulen. Ich kann Ihnen gerne ein paar Tipps geben, wo das Landesamt für Verfassungsschutz nichts, aber wirklich gar nichts zu suchen hat. Die Aufklärungsarbeit in Schulen ist aber

durchaus sinnvoll. Es ist wichtig, dass das genau diese neutralen Stellen machen. Wir wissen, dass beim Verfassungsschutz die parlamentarische Kontrolle zurzeit nicht funktioniert; aber zumindest der Informationsstelle gegen Extremismus kann man wirklich Neutralität bescheinigen.

Was will die SPD? – Sie will sogenannte zivilgesellschaftliche Akteure. Da frage ich Sie: Was meinen Sie damit? Wer sollen diese zivilgesellschaftlichen Akteure sein? Ich kann mir ungefähr vorstellen, worauf es hinauslaufen soll. Ich sage Ihnen auch: Die Antifa in die Schulen zu schicken, um Nachwuchs zu rekrutieren, wird mit uns nicht zu machen sein.

Ein letzter Punkt: Sie schreiben in Ihrem Antrag, Sie wollen in den Betrieben und Vereinen forschen, ob es demokratiefeindliche Einstellungen gibt. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als "Meinungsstasi" pur, schnüffeln und denunzieren, ob hinsichtlich der Maskenpflicht oder dann im privaten Bereich oder im Betrieb. Da ist vielleicht gar nichts Anrühiges an der Meinung von jemand, und am Arbeitsplatz hat so etwas sowieso nichts zu suchen; darin sind wir uns wohl auch alle einig. Aber hier wird propagiert, dass man das Ganze institutionalisieren soll unter dem Deckmantel, Zweifler aufzudecken. Meine Damen und Herren, was Sie hier vorschlagen, hat nichts mit Demokratie zu tun. Schämen Sie sich!

Wir lehnen diese Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement liegen uns allen am Herzen. Wenn man bei Ihren Anträgen aber aufs Detail schaut, sieht es schon unterschiedlich aus, was wir befürworten oder wo wir vielleicht andere Ansätze wählen würden.

Ihrem ersten Antrag zur Stärkung der politischen Bildung können wir voll und ganz zustimmen. Dazu hat mein Kollege Matthias Fischbach letztes Jahr im Juni ähnliche Anträge eingebracht; denen haben Sie zugestimmt.

Sie fordern Demokratiebildung an allen Schulen. Wir haben damals die Aufnahme in die Lehrpläne und eine fächerübergreifende Ausgestaltung gefordert. Wir wollten die Demokratiebildung auch in der Lehramtsprüfungsordnung I verankern und auch stärker in der Lehreraus- und -fortbildung.

Bei Ihrem zweiten und dritten Antrag betreffend Ehrenamt und Freiwilligendienste sieht es schwieriger aus. Natürlich ist das Ehrenamt das Rückgrat unserer Gesellschaft. Das darf nicht nur eine Floskel sein. Ich denke, dass unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ohne das Ehrenamt schwer leiden würden. Vor allen Dingen wäre die Gesellschaft viel weniger menschlich; das hat uns gerade die Corona-Krise vor Augen geführt. Alleine in Bayern engagieren sich 47 % der über 14-Jährigen ehrenamtlich. Es freut mich, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das Ehrenamt hat tatsächlich mehr Aufmerksamkeit verdient.

Es steht tatsächlich viel Sinnvolles drin, zum Beispiel die Übernahme von mandatsbedingt entstehenden Kinderbetreuungskosten bei kommunalen Gremien. Allerdings habe ich beim Lesen der Anträge zu Ehrenamt und Freiwilligendiensten den Eindruck, dass die SPD hier vor allen Dingen die extrinsischen Motive von Ehrenamtlichen im Blick hat, also nur die Ausweitung von monetären und materiellen Leistungen sehr stark im Vordergrund steht. Das steht im Widerspruch zu den Forschungsergebnissen. In den meisten Fällen entscheiden sich Ehrenamtliche aus intrinsischen Motiven dafür: Sie wollen anderen Menschen helfen, wollen Freundschaften pflegen, wollen Sport treiben oder gemeinsam lernen. All das sind Motive.

Wir würden auf andere Maßnahmen setzen. Wir würden den Fokus zum Beispiel darauf legen, den Vereinen verstärkt Orte für die Ausübung ihrer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, sowie auf Mehrgenerationenhäuser und Bürgerzentren. Mein Kollege im

Bundestag Jens Beeck hat dazu einen Antrag eingebracht; dieser war nicht aus der Luft gegriffen. Er hat alle Mehrgenerationenhäuser in Deutschland angeschrieben und ist mit ihnen in Austausch getreten. Er hat festgestellt, wie wichtig es ist, dass Vereine einen festen Ort haben, um sichtbar zu sein und mehr Interessenten zu bekommen.

Ein zweiter Baustein bei diesem Antrag war: die Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes durch Entlastung von Bürokratie. Es ist tatsächlich so, dass bis zu zwei Drittel der ehrenamtlichen Zeit für Bürokratie draufgeht; das sagen Vorstände und Geschäftsführer von Bürgerstiftungen. Wir sollten also wirklich auf digitale Lösungen setzen. Dafür haben wir eigentlich ein eigenes Ministerium. Zu viel Zeit geht für Papierkram drauf.

Drittens haben wir auf Bundesebene die Einführung eines Ehrenamt-Checks gefordert, also analog zum Demografie- oder Jugend-Check, der die Auswirkungen geplanter Gesetze auf das Ehrenamt überprüfen soll.

Das sind wirklich viele unterschiedliche Ansätze gewesen. Im Bundestag gab es dazu eine namentliche Abstimmung. Die SPD hat geschlossen dagegen gestimmt. Das zeigt klar, welche Bedeutung sie diesem Thema zuschreibt.

Wir werden also gegen Ihren Antrag zum Ehrenamt stimmen, und beim Antrag betreffend Freiwilligendienste enthalten wir uns; darin sehen wir zumindest ein paar gute Ansätze.

Zu Ihrem Antrag betreffend Demokratiestärkung: Die Richtung stimmt; Sie wollen Expertenkreise, Beratungsstellen, Koordinierungsstellen, Modellprojekte usw. Sie fordern dann allerdings den Rückzug der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus – BIGE – aus den Schulen. Das können wir nicht nachvollziehen. Das ist eine staatliche Stelle, die seit Jahren Erfahrung in der Beratung und Aufklärung hat. Sie einfach so aus den Schulen zu holen, halten wir nicht für zielführend.

Da wir in den Inhalten nicht ganz übereinstimmen, beim Antrag zur Demokratiestärkung die Richtung aber grundsätzlich stimmt, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Max Gibis.

Max Gibis (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim erstmaligen Lesen des Antragspakets der SPD und heute bei den Ausführungen ist mir zunächst in den Sinn gekommen, dass man auch fragen könnte, wer für den Weltfrieden ist. Natürlich sind wir alle für den Weltfrieden. Natürlich sind wir alle dafür, dass Demokratiebildung bestmöglich in allen Altersgruppen in unserem Land funktioniert. Natürlich sind wir auch dafür, dass ehrenamtliches Engagement bestmöglich unterstützt wird. Natürlich sind wir auch dafür, dass wir gerade für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Kommunalparlamenten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger begeistern können.

Dieser ganze Wust an Punkten, die in diesen Anträgen zusammengefasst sind, ist sehr unkonkret, sehr allgemein, sehr pauschal, zusammengewürfelt aus x Anträgen, die irgendwann schon einmal gestellt worden sind. Leider hat sich die SPD zu wenig darum bemüht, einmal bei allen Punkten, die Sie in diesem Antragspaket fordern und darstellen, zusammenzuschreiben, was alles schon gemacht wird: alles an seiner Stelle, alles in dem Gesetz, in das es gehört, und alles dort, wo es die meiste und beste Wirkung hat.

Ich darf mich trotzdem noch zu zwei Anträgen dieses Antragspakets äußern, und zwar zum Antrag auf Drucksache 18/5901, bei dem es um die Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamtes geht, und zum Antrag auf Drucksache 18/5902 betreffend die Freiwilligendienste; bei den anderen beiden Punkten hat die Kollegin Regitz schon für mich argumentiert.

Zunächst einmal zu den Herausforderungen, wie man auch in Zukunft mehr Bürgerinnen und Bürger dafür begeistern kann, dass sie sich für Kommunalpolitik interessieren, dass sie bereit sind, für den Gemeinderat, für den Stadtrat oder für den Kreistag zu kandidieren. Ich denke, die meisten von uns kommen aus der Kommunalpolitik oder sind noch kommunalpolitisch tätig.

Wir haben erst für die Kommunalwahl im März dieses Jahres die große Aufgabe gehabt, unsere Listen aufzustellen. Wir wissen alle, dass es sicher immer schwieriger wird, genügend Frauen und Männer zu finden, die bereit sind zu kandidieren, die bereit sind, sich wählen zu lassen und sechs Jahre lang mitzuarbeiten, mitzuentcheiden und sich dafür in der Regel kein großes Lob abzuholen, sondern sich dafür eher kritisieren zu lassen. Wir wissen, dass das alles schwieriger wird.

Wer schon länger im Geschäft ist, weiß auch, dass es noch nie ganz leicht war, genügend Frauen und Männer zu finden, die bereit waren, auf den Listen der verschiedenen Parteien zu kandidieren – sowohl in quantitativer Hinsicht als natürlich auch in qualitativer Hinsicht.

Jetzt schlägt die SPD eine Anhörung vor, um viele Fragen zu klären, zum Beispiel, wie man mehr persönliche Anerkennung und Wertschätzung für Kommunalpolitiker erreichen kann, wie Bildungseinrichtungen besser vermitteln können, wie wertvoll ein kommunales Ehrenamt ist, bis hin zur besseren Ausstattung der Fraktionen, wobei sich natürlich schon die Frage stellt, ob man nur mit einem neuen PC mehr Leute dafür begeistern kann, für ein kommunales Mandat zu kandidieren; das sei mal dahingestellt. Es geht aber auch um weitere monetäre Leistungen wie kostenlose ÖPNV-Nutzung oder Anrechnungszeiten auf die gesetzliche Rentenversicherung, was wir alles schon irgendwie gehabt haben. Dazu möchte ich kurz drei Dinge sagen:

Erstens. Auch die Vertreter der SPD im Innenausschuss müssten wissen, dass wir wie nach jeder Kommunalwahl auch dieses Mal eine umfassende Evaluierung der Kommunalwahl durchführen werden. Dabei werden wir nicht nur die juristischen und recht-

lichen Dinge überprüfen, sondern auch alles andere, was dazugehört, also auch die Frage, ob es genügend Kandidatinnen und Kandidaten in den einzelnen Kommunen gab.

Zweitens. Ich habe eingangs schon erwähnt, dass es ein bunter Strauß, ein Sammel-surium von Vorschlägen ist, die teilweise schon zum x-ten Mal mit anderen Anträgen eingebracht worden sind und bei denen wir zum x-ten Mal feststellen müssen, dass diese Vorschläge eben keine wirkliche Wirkung entfalten werden.

Beim dritten Punkt müssen wir uns alle selbst an die Nase fassen: Warum schaffen wir es nicht mehr, draußen in den Kommunen Leute dafür zu begeistern, auf unseren Listen zu kandidieren? Leute müssen zunächst einmal dafür gewonnen werden, auf den Parteilisten zu kandidieren. Dabei ist es halt entscheidend, wie aktiv die politischen Akteure in den Ortsverbänden und Kreisverbänden sind.

Wenn das Mitglied oder der mögliche Kandidat nur einmal im Jahr die Pflichteinladung zur Jahreshauptversammlung bekommt und zwischendurch nichts vom Ortsverband hört, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass keiner bereit ist, für den Gemeinderat oder Stadtrat zu kandidieren. Es liegt schon ein großes Stück weit an uns selbst, wie aktiv wir vor Ort Kommunalpolitik gestalten, wie aktiv wir unsere Mitglieder, unsere Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik einbinden, wie wir sie bei kommunalen Projekten mitreden lassen.

Gott sei Dank gibt es auch sehr viele gute Beispiele in Bayern, wo es funktioniert, wo eine aktive Bürgergemeinschaft von den politischen Parteien, welcher Couleur auch immer, gestaltet wird. Insofern müssen wir uns zunächst einmal an unsere eigene Nase fassen und überlegen, wie wir es schaffen können, anstatt mit dem Finger auf den Staat zu zeigen und zu sagen: Wir schaffen das nicht mehr; mach du bitte, lieber Staat.

Weil mir die Zeit ein bisschen davonläuft, möchte ich noch etwas zum SPD-Antrag betreffend die Freiwilligendienste sagen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Freiwilli-

gendienste wie das Soziale Jahr, das Ökologische Jahr oder auch der Bundesfreiwilligendienst besondere Formate des bürgerschaftlichen Engagements sind. Als Bildungs– und Orientierungsjahr sind sie speziell für junge Menschen sicher auch sehr wertvoll.

Der Freistaat Bayern setzt sich schon seit Jahrzehnten für eine Stärkung und Profil-schärfung zum Beispiel des Jugendfreiwilligendienstes ein. Das ist auch der Grund dafür, warum Bayern den Bundesfreiwilligendienst neben der Bundesförderung mit 1,2 Millionen Euro finanziell unterstützt. Natürlich muss auch ein ausreichendes Angebot vorhanden sein, damit jeder, der willig ist, ein solches Jahr zu machen, auch seinen Platz findet.

Ich persönlich wäre sowieso ein großer Befürworter eines irgendwie gearteten Bundespflichtjahres, wie auch immer man es nennen mag; dafür ist die Zeit leider noch nicht reif.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Max Gibis (CSU): Insgesamt sind die Anträge zu unkonkret, schon zu oft behandelt und zu unwirksam, wie meine Vorredner teilweise bereits gesagt haben. Deshalb werden wir auch diese beiden Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Eva Lettenbauer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ehrenamtliche Engagement von knapp 5,2 Millionen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist der Kern einer lebendigen bayerischen Zivilgesellschaft. Ob im Sportverein, bei Tafeln, in Unterkünften für Geflüchtete oder im Gemeinderat, ob jung

oder alt, ob schon immer in Bayern oder neu hergezogen: Überall in Bayern zeigen Menschen tagtäglich, was Solidarität bedeutet, und leben Ehrenamt. Das bürgerschaftliche Engagement trägt maßgeblich dazu bei, dass unsere Gesellschaft einem lebendigen Haus gleicht, in dem man gerne lebt.

Das heißt nicht, dass es keinen Verbesserungsbedarf gibt. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche weiter verbessern. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie schwierig es werden kann, wenn die zugrunde liegenden Strukturen für ein erfolgreiches Ehrenamt nicht dauerhaft finanziert sind. Das Mauerwerk will finanziert sein. Die Freiwilligen-Zentren weisen zu Recht darauf hin. Da muss endlich auch ganz klar von der Regierung hingehört werden. Unsere Freiwilligen-Zentren brauchen finanzielle Sicherheit.

Deshalb sind wir als GRÜNE-Landtagsfraktion schon lange offen für viele Verbesserungen. Die Jugendfreiwilligendienste sind da ein gutes Beispiel. Der Antrag zur Stärkung der Freiwilligendienste umfasst einige Punkte, die meine Fraktion schon in der vergangenen Legislaturperiode als Konsequenz aus der Anhörung der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" gefordert hat. Dazu gehört zum Beispiel die Senkung des Eigenmittelanteils der Träger, die Anerkennung als Praktika in einem einschlägigen Studiengang oder die Ausweitung des Einsatzbereiches für das FSJ. – Wir werden dem Antrag der SPD daher zustimmen.

Ja, wir brauchen eine Stärkung der Jugendfreiwilligendienste. Wir müssen sie attraktiver gestalten, in Land und Bund. Ein zweiter Punkt ist die Verfügbarkeit der Plätze. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Zahl der geförderten Plätze in diesem Bereich.

Beim Ehrenamt müsste aber über die Jugendfreiwilligendienste hinaus noch viel mehr geschehen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir Menschen grundsätzlich für ein Ehrenamt begeistern können. Der Staat muss hier realitätsnahe und pragmatische Unterstützung zeigen. Ich rede nicht nur von finanziellen Anreizen. Ja, wir GRÜNE unterstützen eine Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags und der Ehren-

amtszuschale. Mittelfristig müssen beide aus unserer Sicht sowieso angeglichen werden. Wir sollten uns zum Beispiel aber auch über Freistellungen während der Arbeitszeit unterhalten; nicht nur für bestimmte Gruppen, sondern für die meisten Ehrenamtlichen. Auch zur Zeit des Trainings der Feuerwehrleute, der Ausbildung des ehrenamtlichen Sanitäters und der Weiterbildung der Kommunalpolitikerin muss eine Freistellung möglich sein. Damit schaffen wir Strukturen, die es Ehrenamtlichen ermöglichen, ihre Tätigkeit mit dem beruflichen Alltag zu verbinden. Wer das Ehrenamt stärken will, muss die Ehrenamtlichen stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Fußnote zu dieser Debatte: Wenn wir schon über das Ehrenamt sprechen, ist es mir wichtig, eines sicherzustellen: Bürgerschaftliches Engagement darf keine Arbeitsplätze ersetzen. Zum Beispiel darf die ehrenamtlich in einem Seniorenheim Engagierte nicht die reguläre Fachkraft verdrängen. Damit würden wir dem Ehrenamt nur schaden.

Kommen wir noch zum Antrag zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts. Auch hier muss ganz klar noch Einiges getan werden. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel, die Attraktivität gerade für Frauen zu steigern. Die aktuellen Zahlen führen uns das ja vor Augen: In den Gemeinderäten sind gerade einmal 22 % der Mitglieder weiblich. Die Hälfte der Bevölkerung muss aber auch angemessen repräsentiert werden und ausgebildet sein. Familienfreundliche Sitzungszeiten, eine verpflichtende Übernahme von Betreuungskosten während der Sitzungszeiten und vieles mehr sind daher notwendig. Wir brauchen moderne und einladende Strukturen. Das macht das kommunale Ehrenamt nämlich attraktiv.

Die Forderung nach einer Anhörung zum kommunalen Ehrenamt halten wir GRÜNE daher für richtig. Machen wir aber doch erst eine ergebnisoffene Anhörung zu Maßnahmen im Bereich des Ehrenamts, gleichen unsere Ideen mit denen der Expert*in-

nen ab und fordern dann die Umsetzung von spezifischen Maßnahmen. So ist für uns der schlüssige Weg. Daher müssen wir uns bei diesem Antrag enthalten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die ehrenamtlichen Strukturen dringend stärken. Finden wir nicht nur warme Worte, sondern erhalten wir mit einem Landesaktionsplan auch die Mauerwerke als Grundlage für das Ehrenamt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Die jeweils federführenden Ausschüsse empfehlen alle vier Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5900 betreffend "Herausforderungen und Forderungen der politischen Bildung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5901 betreffend "Kein Bürgerstaat ohne bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliches Engagement stärker fördern!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5902 betreffend "Freiwilligendienste in Bayern deutlich ausbauen!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und der

Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der FDP.
Dann ist auch dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/5903 betreffend "Demokratie stärken, Zweiflerinnen und Zweifler überzeugen, Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstätern die Grundlagen entziehen!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der FDP.
Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt. – Herzlichen Dank.